

V0815/21

**Stellenplanantrag zum Stellenplan 2022**

**Stärkung von Kindern und Jugendlichen in Folge der Corona-Pandemie – hier: befristete Schaffung zusätzlicher Stellen für das Amt für Jugend und Familie Sachgebiet 51/2**

**Allgemeiner Sozialdienst**

**(Referent: Herr Fischer)**

**Stadtrat vom 04.10.2021**

Stadtrat Rehm bittet darum, die Befristung auf 31.12.2022 zu ändern, da es sein könne, dass das Thema Corona nächstes Jahr erledigt sei. Dies verschaffe dem Stadtrat größere Flexibilität. Bei Bedarf könnten die Stellen im nächsten Jahr um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Stadträtin Bulling-Schröter ist der Meinung, dass die Problematik für die Kinder über die Jahre hinaus bestehen bleibe und Sozialkräfte, gerade für schlechter im Leben gestellte Kinder, vor Ort und über Corona hinaus gebraucht würden. Sie stellt deshalb den Antrag, die Stellen zu entfristen.

Stadtrat Niedermeier weist zuerst darauf hin, dass die Anträge zu den Stellen Nr. 16 und 17 von ihm unterstützt würden. Vor allem aber zeigt er auf, dass die in der Vorlage beantragten Stellen nicht zur aufsuchenden Jugendarbeit gehörten, sondern junge Menschen mit Problemen zu den Ämtern kämen. Streetworker suchten die Treffpunkte der jungen Menschen auf und versuchten, Vertrauen aufzubauen, Probleme zu besprechen und Verbindungen herzustellen. Er hofft, dass der Antrag der UWG-Stadtratsfraktion im Sozialreferat Berücksichtigung finden werde und im Jugendhilfeausschuss ausführlich darüber diskutiert werde. Stadtrat Niedermeier stellt zudem fest, dass München mehr als 60 Streetworker habe, so dass auf die Einwohnerzahl von Ingolstadt bezogen ein Antrag für sechs Stellen gestellt werden müsste. Des Weiteren führt Stadtrat Niedermeier aus, dass er höchst erstaunt und erschrocken gewesen sei über den Beschluss im Ferienausschuss, die Probleme mit Jugendlichen im Klenzepark mit einem Alkoholverbot und mehr Polizeipräsenz lösen zu wollen. Das sei blamabel. Die Städte Neuburg und Schrobenhausen hätten jeweils zwei Streetworker, männlich und weiblich. Stadtrat Niedermeier bittet darum, das Thema ernst zu nehmen, da hier Probleme zu lösen seien.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass zum UWG-Antrag der Sozialreferent die Vorlage eines Konzeptes zugesagt habe.

Herr Fischer erörtert die Stellenbefristung bis 2024. Es müsse zwischen den medizinischen Folgen der Pandemie und den pädagogischen und sozialen Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen unterschieden werden. Letzteres lasse sich nicht mit einer Impfung oder einem Medikament abstellen, sondern hierbei handle es sich um einen längeren Aufholprozess. Aus diesem Grund hätten Bund und Land entsprechende Programme beschlossen. Würden die Stellen mit dem KW-Vermerk Ende des nächsten Jahres beschlossen, könne nach Ansicht von Herrn Fischer kaum fachlich qualitative personelle Unterstützung eingestellt werden. Seine Bitte sei deshalb, und das entspreche auch dem Zeitraum, den Fachleute prognostizierten, die vorgeschlagene Befristung zu beschließen.

Dies sei ein realistischer Kompromiss zwischen unbefristet und einer Befristung von einem Jahr, der auch die Flexibilität der Verlängerung oder des früheren Einzugs des KW-Vermerkes bedinge. Zum Thema Klenzepark zeigt Herr Fischer auf, dass flankierend zu den ordnungsrechtlichen Maßnahmen auch ein Jugendhilfekonzert ausgearbeitet und umgesetzt worden sei, über das in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses mündlich berichtet werde. Zum Thema Streetworker weist Herr Fischer erneut darauf hin, dass derzeit vom Amt für Jugend und Familie ein Teilplan Jugend erarbeitet werde, in dem auch die aufsuchende Jugendarbeit ein Baustein sein werde. Die Vorstellung dieses Konzeptes werde Ende des Jahres oder Anfang des nächsten Jahres erfolgen.

*Abstimmung über den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion, gestellt von Stadtrat Rehm, auf Befristung bis zum 31.12.2022:*

Gegen die Stimmen der AfD:  
Entsprechend dem Antrag abgelehnt.

*Abstimmung über den Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke, gestellt von Stadträtin Bulling-Schröter, auf Entfristung:*

Gegen die Stimmen der UWG, Die Linke und Stadtrat Kötler:  
Entsprechend dem Antrag abgelehnt.

*Abstimmung über den Antrag der Verwaltung (V0815/21):*

Mit allen Stimmen:  
Entsprechend dem Antrag genehmigt.